



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Fachbereich Rechtsinformatik

E-Government Schweiz: priorisiertes Vorhaben B1.02 – Rechtsgrundlagen

29. März 2011



Ausgangslage

- **Mit Beschluss vom 11. Juni 2010 zur «Umsetzung der Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft: Sicherstellung der Rechtsgrundlagen» hat der Bundesrat das EJPD beauftragt, zusammen mit den Departementen, der BK und dem EDÖB den konkreten Regelungsbedarf auf Stufe Verordnung, Gesetz oder Verfassung abzuklären.**
- **Das Bundesamt für Justiz BJ wurde mit der Durchführung dieser Arbeiten betraut, welche einen engen Bezug haben zum Vorhaben «B1.02 – Rechtsgrundlagen».**



Ausgangslage

- **Damit die Koordination möglichst einfach sichergestellt werden kann, hat sich das BJ bereit erklärt, hier vom ISB die Rolle der federführenden Organisation zu übernehmen und als Informationsdrehscheibe die beteiligten Akteure zu unterstützen.**
- **Am 4. November 2010 hat der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz diesem ffO-Wechsel zugestimmt und ist damit der Empfehlung des Expertenrates vom 8. Oktober 2010 gefolgt.**



B1.02 – Rechtsgrundlagen

- **Die vom Steuerungsausschuss E-Government Schweiz eingesetzten federführenden Organisationen haben laut Rahmenvereinbarung für das Rechtsetzungskonzept ihrer Vorhaben zu sorgen.**
- **In den Katalog der priorisierten Vorhaben der Strategie wurde auch das Vorhaben «B1.02 – Rechtsgrundlagen» aufgenommen, im Rahmen dessen die übergreifenden, koordinierenden Aufgaben für die Rechtsetzung im E-Government zusammengefasst werden.**
- **Das BJ wird die vom ISB eingeleiteten Grundlagenarbeiten im Rahmen von B1.02 weiterführen.**



B1.02 – Rechtsgrundlagen

- **Mittel aus dem Massnahmenpaket 1: priorisierte Vorhaben im Rahmen des Paketes E-Government der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen wurden gesprochen für:**
 - Ein Katalog von Lücken und/oder Schranken in der aktuellen Gesetzgebung, welche eGov-Projekte erschweren und/oder verunmöglichen.
 - Eine Musterverordnung für die Kantone bezüglich elektronischer öffentlicher Beurkundung.
 - Ein Konzept für das weitere Vorgehen im Vorhaben B1.02.



B1.02 – Rechtsgrundlagen

- **Die anlässlich des ffO-Workshops vom Juni 2009 erarbeiteten Punkte in Sachen Rechtsgrundlagen sollen weiter priorisiert, bewertet und da wo möglich und sinnvoll konkretisiert werden.**
- **Bei den Arbeiten werden Kantone sowie Städte und Gemeinden mit einbezogen, die Vorarbeiten in diesem Gebiet bereits geleistet haben.**
- **Zudem ist ein laufender Abgleich mit den Arbeiten bezüglich Sicherstellung der für eine erfolgreiche Umsetzung der eGovernment-Strategie des Bundesrates erforderlichen Rechtsgrundlagen unabdingbar.**



B1.02 – Rechtsgrundlagen

- **Neue Umfrage vom 31. März 2011 bis 20. April 2011 bei**
 - Federführenden Organisationen ffO
 - Kantonen sowie Städte und Gemeinden
 - Datenschutzbeauftragten von Bund und Kantonen
- **Auswertung der Umfrage**
- **Workshops werden wiederholt am:**
 - 6. Juni 2011 mit Federführenden Organisationen ffO
 - 7. Juni 2011 mit Kantonen sowie Städte und Gemeinden
 - 9. Juni 2011 mit Datenschutzbeauftragten von Bund und Kantonen

Grobprojektplan B1.02 – Umsetzung 2011

